



Pressemitteilung

84/90 - 12.L.

**Niedersächsisches
Umweltministerium**
Pressestelle
Archivstraße 2, 3000 Hannover 1
Telefon (0511) 104-34 23/34 24/34 25, Telefax 104-33 99
Fernschreiber 175118380, Teletex 5118380 MUHan

Bonn, 14.12.1990

Griefahn; Bundesaufsichtliches Gespräch war eine Farce

Töpfer will Auslegung der Pläne für "Schacht Konrad" auch gegen geltendes Recht durchsetzen

"Der Bundesumweltminister hat im bundesaufsichtlichen Gespräch keinerlei Interesse an den Argumenten Niedersachsens gezeigt. Er nimmt die ablehnende Haltung Niedersachsens zur Atomenergie als Grund, um eine Auslegung der Planunterlagen zu erzwingen. Dies ist ein Verstoß gegen geltendes Recht, das die Befolgung des Gesetzes zur Umweltverträglichkeitsprüfung vorschreibt." Mit diesen Worten kommentierte die Niedersächsische Umweltministerin Monika Griefahn das bundesaufsichtliche Gespräch mit Minister Töpfer.

Niedersachsen wird die mündlich vorgetragenen Argumente noch einmal schriftlich dem Bundesumweltminister mitteilen. Ein weiteres Fachgespräch habe Herr Töpfer abgelehnt und beharre stattdessen darauf, daß die Pläne ausgelegt werden müßten. Eine Weisung behielt er sich vor.

Im Gespräch hat Frau Griefahn mit Nachdruck die Lücken in den vorliegenden Planunterlagen dargestellt. Eine Auslegung für die Beteiligung der Öffentlichkeit komme derzeit nicht in Frage.

"Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich ein umfassendes Bild von den Auswirkungen des Endlagers machen können. Ohne Umweltverträglichkeitsprüfung ist dies jedoch unmöglich." Das UVP-Gesetz schreibe vor, daß die Auswirkungen des Vorhabens auf Boden, Wasser Luft, Pflanzen und Tiere umfassend ermittelt, beschrieben und bewertet werden müssen. Auf mageren drei Seiten und in einigen Einzelpunkten hatte das Bundesamt für Strahlenschutz bisher diese Fragen abgehandelt.

Als Zeichen für die Richtigkeit ihrer Kritik wertete Frau Griefahn die Tatsache, daß das Bundesamt für Strahlenschutz gestern Unterlagen nachgereicht habe. Eine erste Durchsicht habe allerdings ergeben, daß inhaltlich so gut wie nichts an neuen Informationen enthalten sei. Trotzdem werde das Niedersächsische Umweltministerium die Unterlagen genau prüfen. Keine Aussagen gebe es bisher auch über die Transportrisiken, die das Endlager mit sich bringe. Im Hinblick auf die erneut angedrohte Bundesweisung warf Frau Griefahn dem Bundesumweltminister vor, die Interessen der Atomindustrie höher einzustufen als ein sorgfältiges und rechtmäßiges Verfahren. Sie forderte Töpfer auf, nicht nur bundesfreundliches Verhalten Niedersachsens zu verlangen, sondern seinerseits die Rechte eines Landes und seiner Bürger zu respektieren.